

Zwischen Förderung von Stabilität, Menschenrechten
und langfristigen Wirtschaftsinteressen

Wo steht die Zentralasienstrategie der EU?

Von Eva Niepagenkemper

Im ersten Halbjahr 2007 hat die Bundesrepublik Deutschland neben der G8- auch die EU-Ratspräsidentschaft inne. Einer der Punkte der Agenda für den Ratsvorsitz ist die Ausarbeitung einer Zentralasienstrategie. Sie stellt – neben der Fortentwicklung der Beziehungen zwischen der EU und Russland – ein Element der EU-Politik gegenüber dem postsowjetischen Raum dar. Im Juni soll die Strategie vorgestellt und vom Europäischen Rat verabschiedet werden. Wie kann, wie sollte und wie wird diese Zentralasienstrategie aussehen?

Zentralasien – Eine Region mit internationaler Bedeutung

Zu Zentralasien gehört die recht heterogene Gruppe der fünf Staaten Kasachstan, Kirgisien, Tadschikistan, Turkmenistan und Usbekistan. Die EU engagierte sich in den 1990er Jahren wenig in Zentralasien, während in der Literatur von einer Neuauflage des „great game“ der Großmächte USA, China und der Russischen Föderation – in Anlehnung an den anglo-russischen Machtkampf um Vorherrschaft in Zentralasien im 19. Jahrhundert¹ – die Rede war. Dies hat sich grundlegend geändert: Seit dem 11. September 2001, spätestens aber seit dem Afghanistankrieg, ist die Bedeutung der Region, die an Afghanistan grenzt, gewachsen. Die von der usbekischen Regierung veranlasste Tötung von mehreren hundert Zivilisten bei Demonstrationen in Andijan im Mai 2005, die sogenannte Tulpenrevolution in Kirgisien und zuletzt der Tod des turkmenischen Diktators Saparmurat Nijasow, genannt Turkmenbaschi („Vater aller Turkmenen“), im Dezember 2006 lenkten mehr Aufmerksamkeit auf Zentralasien.

Die Russische Föderation ist im Rahmen der Eurasischen Wirtschaftsgemeinschaft (EvrAsES) mit Kasachstan, Belarus, Tadschikistan und Usbekistan ein Bündnis eingegangen. China investiert vor allem im Rahmen der Shanghai Organisation für Zusammenarbeit in den zentralasiatischen Energiesektor. Chinesische Staatskonzerne haben bereits einen privilegierten Zugang zu kasachischen Rohstoffen². Die vergleichsweise passive Rolle der EU soll nun mit der neuen Zentralasienstrategie abgelöst werden.

Deutschland ist innerhalb der Europäischen Union das einzige Land, das in allen fünf zentralasiatischen Staaten Botschaften unterhält³. Zudem ist Deutschland im Rahmen der EU der größte bilaterale Geldgeber, es genießt in Zentralasien einen sehr guten Ruf und Pierre Morel, der Sonderbeauftragte der EU, charakterisiert das Image der EU in Zentralasien als das eines „ehrlichen Maklers“⁴. Die wechselseitigen Interessen aneinander bleiben freilich diffus – jeder gibt sich offen, aber niemand weiß so recht, was durch die Tür kommen wird.

Kasachstan,

das im Westen als Stabilitätsanker in der Region gilt, ist das flächenmäßig größte Land und verzeichnet ein stabiles Wirtschaftswachstum von ca. zehn Prozent. Es verfügt über große Energiereserven. Im November 2006 unterzeichneten die Europäische Union und die Republik Kasachstan eine gemeinsame Absichtserklärung, die die Grundlage für intensivere Zusammenarbeit im Energiesektor bilden wird. Kasachstan steht allerdings wegen des angestrebten Vorsitzes in der OSZE (Organisation für Sicherheit und

Zusammenarbeit in Europa) in der Diskussion. Der Antrag, gegen den es heftigen Widerstand gibt, droht die OSZE zu spalten. Die Entscheidung darüber, ob Kasachstan den Zuschlag für den Vorsitz in zwei Jahren bekommt, hätte im Dezember 2006 gefällt werden sollen, ist aber auf Mitte dieses Jahres verschoben worden. Kasachstan verkündete seine Kandidatur für den Posten bereits im Frühjahr 2004 und ist der einzige Kandidat für 2009. Viele OSZE Mitgliedsstaaten – auch die Bundesrepublik Deutschland – unterstützen Kasachstans Anliegen. Die Befürworter argumentieren, dass der Vorsitz Kasachstans positive Rückwirkungen auf die OSZE und den Transformationsprozess hätte. Erhofft wird ein Reformschub, der auch auf die angrenzenden Länder übergreift. Zudem wird befürchtet, eine Ablehnung könne zum Zerfall der OSZE führen. Die Gegner – allen voran die USA und Großbritannien – lehnen einen Vorsitz Kasachstans im Jahr 2009 ab. Sie fürchten eine Minimierung der Standards. Das *Office for Democratic Institutions and Human Rights* (ODIHR) hatte den Ablauf von Wahlen in Kasachstan wiederholt kritisiert – zuletzt bei den Präsidentschaftswahlen im Dezember 2005 –, da sie nur teilweise OSZE-Standards entsprachen. Darüber hinaus gibt es in Kasachstan Repressionen gegenüber Regimekritikern und eine restriktive Mediengesetzgebung. Einen Kompromiss, der das Problem allerdings vermutlich nur aufschiebt, stellt der Vorschlag für einen Vorsitz Kasachstans im Jahre 2011 dar, verbunden mit der Auflage, bis dahin Reformen vorangetrieben zu haben.

Usbekistan

ist das bevölkerungsreichste Land Zentralasiens und verfügt über Gasvorkommen, Öl und Uran. Die Wirtschaft ist aber vor allem vom Baumwollexport abhängig. Bedeutsam ist Usbekistan aufgrund seiner Lage in der Mitte Zentralasiens. Ohne Usbekistan ist eine Zentralasienstrategie nicht denkbar. Deutschland hat ein besonderes Interesse an dem Land, da die Bundeswehr über den Luftwaffenstützpunkt Termez im Süden ihre ISAF-Truppen in Afghanistan versorgt. Usbekistan spielt aufgrund der gewaltsamen Niederschlagung der Demonstrationen in Andijan im Mai 2005 und der daraufhin im November 2005 von der Europäischen Kommission verhängten Sanktionen eine besondere Rolle. Die Sanktionen umfassten ein Waffenembargo, ein Einreiseverbot für zwölf Regierungsmitglieder sowie die Aufhebung des Dialogs auf hoher politischer Ebene. Die EU forderte Usbekistan auf, eine internationale Untersuchungskommission zu den Gewalttaten in Andijan zuzulassen, Schauprozesse zu stoppen und die Menschenrechte zu beachten. Keiner der Forderungen wurde entsprochen, dennoch wurde im November 2006 die Wiederaufnahme des politischen Dialogs beschlossen. Anfang März dieses Jahres kamen die EU Außenminister überein, eine Entscheidung über die

Sanktionen bis Mai 2007 zu vertagen. Menschenrechtsorganisationen wie *amnesty international*, *Human Rights Watch* (HRW) und auch die *International Crisis Group* (ICG) argumentieren, dass die Sanktionen der EU nach wie vor aufrecht erhalten bleiben sollten⁵. Craig Murray, der frühere britische Botschafter in Usbekistan, erhebt sogar schwere Vorwürfe gegen die deutschen Behörden – sie arbeiteten trotz offizieller Sanktionen geheimdienstlich mit usbekischen Sicherheitsdiensten zusammen und hätten zeitweilig auch von der Verschleppung von Gefangenen aus Afghanistan nach Usbekistan durch die CIA profitiert. Die Bundesregierung befürwortet derzeit eine Aufhebung der Sanktionen und die Aufnahme eines Menschenrechtsdialogs mit Usbekistan. Bundesaußenminister Steinmeier vertritt eine sogenannte pragmatische Linie. Er würdigte, dass Usbekistan zu Konzessionen bereit sei: Das Internationale Rote Kreuz soll Zugang zu Gefängnissen erhalten. Gespräche mit EU-Experten über Andijan werden durchgeführt, zudem hat Usbekistan die Bereitschaft zu einem Menschenrechtsdialog über individuelle Fälle erklärt.

Diese Zusagen entsprechen jedoch nicht den ursprünglichen Forderungen der EU und sie stehen Aussagen des usbekischen Außenministers Wladimir Norow entgegen, dass sein Land keinerlei Einmischung in innere Angelegenheiten dulde und sich nicht in einem Schüler-Lehrer-Verhältnis zur EU sehe. Die pragmatische Linie der Bundesregierung besagt, dass die Sanktionen keine Wirkung zeigten und sogar kontraproduktiv seien, da sie lediglich zu einem größeren Einfluss Chinas und der Russischen Föderation in Usbekistan führten⁶ – ein Argument, das ein opportunistisches Verhältnis zu Menschenrechtsstandards vermuten lässt und mit dem übrigens jede Sanktionspolitik diskreditiert werden könnte.

Turkmenistan

Unklar ist die weitere Entwicklung in Turkmenistan nach dem Tod des turkmenischen Diktators Saparmurat Nijasow im Dezember 2006, der durch seinen Personenkult bekannt wurde und das Land fast vollkommen isolierte. Sollte es zu einer Liberalisierung des Regimes kommen, könnte dies einen „Meilenstein in den Beziehungen zwischen EU und Zentralasien darstellen“⁷. Erst Ende April 2007 lobte der Rat der Europäischen Union erste „vielversprechende“ Schritte der neuen turkmenischen Regierung zur Reform von Bildungswesen und Sozialsystem⁸. Menschenrechtsorganisationen und internationale Medien wie Radio Free Europe/Radio Liberty erkennen dagegen kaum Veränderungen oder Fortschritte in der Politik des neuen Präsidenten Gurbanguly Berdymuchamedow. Nichtsdestotrotz hat die EU starkes Interesse an dem zentralasiatischen Land:



Eva Niepagenkemper studiert Politikwissenschaften und arbeitete als studentische Hilfskraft von Dr. Andreas Heinemann-Grüder im Rahmen des Projekts „The role of the security sector for the stabilization or de-stabilization of the (semi-)authoritarian regimes in Central Asia“ am BICC.

Turkmenistan steht mit seinen Erdgasreserven weltweit auf Platz vier.

Kirgisien und Tadschikistan

In Kirgisien und Tadschikistan herrscht extrem hohe Armut. Im *Human Development Index 2006* nehmen sie Rang 110 bzw. 122 ein. Die beiden Länder haben keine mit Kasachstan, Turkmenistan und Usbekistan vergleichbaren natürlichen Ressourcen und sind wirtschaftlich allein kaum überlebensfähig. Tadschikistan ist immer noch dabei, sich von dem Bürgerkrieg Mitte der 1990er Jahre zu erholen. Es dient als Transitstrecke für Drogen aus Afghanistan. Bemerkenswert ist der als Tulpenrevolution bezeichnete Machtwechsel in Kirgisien im März 2005, der dem Land in der internationalen Gemeinschaft vorschnell den Ruf einbrachte, auf dem besten Weg in Richtung Demokratie zu sein. Inzwischen herrscht Ernüchterung angesichts anhaltender Instabilität, politisch motivierter Morde und großer Unzufriedenheit in der Bevölkerung, aber auch der neuen Verfassung, die Ende 2006 verabschiedet wurde und die Macht des Präsidenten deutlich erweitert hat.

Europäische Interessen an der Region

Was macht die Region für die EU so relevant, dass jetzt eine Zentralasienstrategie entwickelt wird? Stabilität in Zentralasien gilt als Voraussetzung für eine Stabilisierung Afghanistans. Die zentralasiatischen Staaten zeichnen sich jedoch durch ein hohes Konfliktpotential aus. Der radikale Islam stellt – insbesondere im Ferghanatal, das Kirgisien, Tadschikistan und Usbekistan verbindet – eine Gefahr dar, die allerdings sehr unterschiedlich bewertet wird⁹. Destabilisierend wirkt sich der florierende Drogenhandel aus, denn über Zentralasien gelangen Drogen aus afghanischer Produktion nach Europa. Die desolate Umweltsituation und die Gefahr von Epidemien wie HIV/AIDS sind ebenfalls potentielle Konfliktursachen. Die Länder Zentralasiens werden – mit Ausnahme von Kirgisien – von *Freedom House* als „nicht frei“ eingestuft. Es handelt sich um semi-autoritäre bzw. autoritäre Regime; zivilgesellschaftliche Organisationen berichten von gravierenden Verstößen gegen Menschenrechte. Gleichzeitig befinden sich in Zentralasien ca. fünf Prozent der Weltenergieerreserven. Staatsminister Gernot Eiler zufolge richten sich die Interessen der Europäischen Union auf „Frieden und Stabilität“, „die Entwicklung von Demokratie, Rechtsstaat und die Einhaltung der Menschenrechte“ und „(Nutzung) der Energieressourcen im gegenseitigen Interesse“¹⁰.

Es geht um die Diversifizierung von Energieträgern und Transitrouten. Ziel ist es, langfristig unabhängiger vom

Energielieferanten Russland zu werden. Die Notwendigkeit dazu wurde zuletzt im Januar anhand der Blockade der Druschba-Pipeline deutlich – nach Auseinandersetzungen über Öl- und Gaslieferungen zwischen der Russischen Föderation und Belarus waren mehrere Tage lang keine russischen Öllieferungen nach Europa geflossen.

Bisher bleibt offen, wie die drei Zielsetzungen gewichtet und miteinander verbunden werden sollen. Frieden und Stabilität sind für eine Befriedung des benachbarten Afghanistan unabdingbar und stellen eine Grundvoraussetzung für die Nutzung der „Tankstelle“ Zentralasien dar¹¹. Es ist jedoch nicht klar, ob die Demokratieförderung auch ein tatsächliches Ziel der Europäischen Union ist. Die Möglichkeiten, auf die Länder Zentralasiens Einfluss zu nehmen sind wesentlich schwieriger als etwa im Kaukasus. „Normale“ Nachbarschaftspolitik, die immer mit dem Anreiz einer möglichen Aufnahme in die EU argumentiert, greift in Zentralasien nicht. Eine allein auf Ressourcensicherung orientierte Politik führt jedoch zum Vorwurf doppelter Standards. Besonders die Tatsache, dass die Russische Föderation und China, die Konkurrenten um das zentralasiatische Öl, keinerlei Vorbedingungen geltend machen, erschwert die Situation der Europäischen Union.

Bausteine der EU-Strategie

Im November 2006 bereiste Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier in Vorbereitung auf die deutsche EU-Ratspräsidentschaft alle fünf zentralasiatischen Länder. Ende März dieses Jahres fand erstmals ein Treffen aller Außenminister der zentralasiatischen Länder mit der „Troika“ der Europäischen Union – Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier, dem EU-Sonderbeauftragten der EU, Pierre Morel, sowie der Kommissarin für Außenbeziehungen und europäische Nachbarschaftspolitik, Benita Ferrero-Waldner, in Astana in Kasachstan statt. Die zentralasiatischen Staaten zeigten sich interessiert an einem stärkeren Engagement der EU. Die Zusammenarbeit mit den zentralasiatischen Ländern soll vor allem in sechs Bereichen verstärkt werden:

1. Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechte und Demokratisierung,
2. Bildung,
3. Energie und Verkehr,
4. Umwelt,
5. Handel und wirtschaftliche Zusammenarbeit,
6. regionale Sicherheitsfragen wie Grenzschutz und Bekämpfung des Drogenhandels¹².

Die bilaterale Zusammenarbeit der EU soll sich auf Bildung, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte konzentrieren,

bei der regionalen Zusammenarbeit zeichnen sich die Schwerpunkte „Sicherheit“ (Grenzen, Drogen, organisierte Kriminalität), „Wasser“ und wirtschaftliche Zusammenarbeit ab¹³. Laut Hedi Wegener, Leiterin der deutsch-zentralasiatischen Parlamentariergruppe, muss es bei der neuen EU-Zentralasienstrategie vor allem darum gehen, aus dem bestehenden „patchwork der Beziehungen“ ein strategisches Konzept zu entwickeln¹⁴.

Es existieren bereits zahlreiche „Strategien“ für die fünf zentralasiatischen Länder. Schon Anfang der 1990er Jahre trat das sogenannte *Technical Assistance to the Commonwealth of Independent States* (TACIS) Programm in Kraft, das die Transformationsprozesse hin zu einer Marktwirtschaft unterstützen und Demokratie und Rechtsstaatlichkeit fördern sollte. Es gab allerdings (entgegen sonst gängiger Praxis) keine Strategiepapiere für die einzelnen Länder. Von 1991 bis 2002 bekamen die fünf zentralasiatischen Staaten 366 Millionen Euro Unterstützung von TACIS. Seit 2002 sind sie alle unter einem „Regionalen Strategiepapier“ zusammengefasst. Aufgrund der Reform der EU Entwicklungszusammenarbeit endeten die TACIS Programme offiziell 2006, werden allerdings bis 2011 weitergeführt. Die Effektivität von TACIS wird unterschiedlich bewertet. Kritisch anzumerken sind die schleppende Implementierung, eine starke Bürokratie und die geringe Einbeziehung lokaler Akteure¹⁵.

Ein weiterer Schwerpunkt der EU ist der Kampf gegen den Drogenhandel, dessen Route von Afghanistan aus über Zentralasien nach Europa führt. Das *Central Asia Drug Action Programme* (CADAC), das 2001 etabliert wurde, sowie das 2003 initiierte *Border Management in Central Asia* (BOMCA) wurden zusammengelegt. Die EU ist der Geldgeber bei diesen Projekten; durchgeführt werden sie vom Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP) in Zusammenarbeit mit dem *United Nations Office for Drugs and Crime* (UNODC), der OSZE und der Internationalen Organisation für Migration (IOM). Die Ziele sind löblich, der Erfolg ist allerdings relativ gering – nicht zuletzt aufgrund der Korruption. Weitere Programme reichen über Zentralasien hinaus und schließen den Südkaukasus mit ein: das *Transport Corridor Europe-Caucasus-Asia* (TRACECA) und das *Interstate Oil and Gas Transport to Europe* Programm (INOGATE). Beide Vorhaben flossen 2004 in die „Baku-Initiative“ mit ein, in der die EU die Staaten Zentralasiens unterstützt, funktionierende Märkte für Öl, Gas und Strom mit Orientierung auf die rechtlichen Strukturen des europäischen Energiemarkts zu schaffen.

Die politischen Beziehungen zu Kasachstan, Kirgistan und Usbekistan sind durch sogenannte Partnerschafts- und Kooperationsabkommen (PKAs) formalisiert. Mit

Turkmenistan wurde bereits 1998 ein PKA unterschrieben, allerdings nicht ratifiziert. Aufgrund des Bürgerkriegs in Tadschikistan begannen dort die Verhandlungen über ein PKA erst im Jahre 2003, die getroffene Vereinbarung ist ebenfalls noch nicht ratifiziert. Inhalt der Abkommen sind jährliche Ministertreffen unter Leitung der jeweiligen Ratspräsidentschaft, Kooperationsausschüsse, in denen höhere Beamte zusammenkommen, und Treffen von Parlamentariern.

Im Jahre 2005 wurde ein Sonderbeauftragter der EU (EUSR) entsandt, der der EU „eine Stimme und ein Gesicht“ in der Region geben sollte. Erster Sonderbeauftragter der EU war Jan Kubis, seit Oktober 2006 vertritt Pierre Morel die EU in der Region.

Bereits bekannt geworden ist, dass – neben einer effektiveren Koordination der existierenden Strategien – folgende neue Bausteine Teil der geplanten Zentralasienstrategie werden sollen:

- Wesentlich ist ein Ausbau der Vertretung und damit der Sichtbarkeit der EU in der Region: 2008 sollen ca. 200 EU-Beamte in neuen Botschaften in Zentralasien tätig werden¹⁶.
- Investiert werden soll in eine Bildungs- und Ausbildungsinitiative, die der jungen Generation Perspektiven bietet. Eine Ausbildung zukünftiger zentralasiatischer Eliten an europäischen Hochschulen soll gefördert werden.
- Stattfinden sollen regelmäßige, strukturierte und ergebnisorientierte Menschenrechtsdialoge mit den einzelnen Staaten¹⁷.
- Die Zusammenarbeit mit der OSZE, den Vereinten Nationen, internationalen Finanzinstitutionen und regionalen Organisationen soll ausgebaut werden¹⁸.

In Zahlen gemessen lässt sich das Interesse der EU an der Region schnell verdeutlichen: Zwischen 1991 bis 2006 hat die EU insgesamt 1,3 Milliarden Euro in Zentralasien ausgegeben, bis 2013 sind weitere 750 Millionen Euro geplant.

Die Strategie braucht klare Zielvorgaben

Im Juni 2007 wird sich zeigen, ob das Konzept den Ansprüchen einer kohärenten Strategie gerecht wird. Im Moment ist hinter den Schlagwörtern wie „Stabilität“ und „Förderung der Menschenrechte“ noch kein strategisches Ziel zu erkennen. Das erschwert eine effektive Umsetzung konkreter Maßnahmen. Das Beispiel der sogenannten „strategischen Partnerschaft“ mit der Russischen Föderation, die weit hinter den an sie geknüpften Erwartungen zurückblieb, sollte

ein Anlass sein, Lehren für die Zentralasienkooperation zu ziehen. Die EU läuft Gefahr, sich durch „Strategien“ ohne klare Zielvorgaben und Meilensteine ihrer Implementierung zu verzetteln. Eine bessere Abstimmung der existierenden Programme, insbesondere zwischen politischer und technischer Unterstützung, die Koordinierung innerhalb der EU und mehr Präsenz der EU vor Ort sind vonnöten.

Der Begriff „Zentralasienstrategie“ impliziert, dass es ein politisches Konzept geben könne, das auf alle fünf Staaten anwendbar ist. Die ehemaligen Sowjetrepubliken teilen 70 Jahre gemeinsame Geschichte. Dies hat vor allem zu einer regionalen Infrastruktur geführt, die die Staaten voneinander abhängig macht, dennoch findet dort kaum Kooperation statt. Die kurzen Länderportraits unterstreichen die Heterogenität, weshalb sich die EU zunächst – jenseits der Vertiefung der Grenzmanagement- und Drogenprojekte – jeweils auf die einzelnen Länder konzentrieren sollte.

In Bezug auf den von Kasachstan angestrebten OSZE-Vorsitz im Jahr 2009 sollte die EU Kasachstans Antrag unterstützen, wenn auch gebunden an möglichst umfangreiche Bedingungen. Denn auch in anderen internationalen Organisationen wie den Vereinten Nationen – insbesondere im Sicherheitsrat – sind Staaten entscheidungsbestimmend, die nicht den Demokratiestandards entsprechen.

Dem großen Interesse der EU, die Versorgung mit Ressourcen zu diversifizieren, sollte nicht die Forderung nach Einhaltung von Menschenrechten zum Opfer fallen. Dies gilt vor allem für Usbekistan. Die im Herbst 2005 verhängten Sanktionen sollten aufrechterhalten bleiben, bis die Forderungen der EU erfüllt sind. Andernfalls droht das gesamte geplante Engagement zu politischer Landschaftspflege zu verkommen.

¹ Vgl. Lüders, Michael. 2003. „Grenzland - Macht und Glauben in Zentralasien“. Berlin / Bonn: Friedrich Ebert Stiftung, S. 24.

² Vgl. Rahr, Alexander. 2006. „EU im postsowjetischen Raum. Konturen einer neuen Ostpolitik“. *GUS-Barometer* Nr. 41, Mai, S. 1-6, hier S. 4.

³ Dies ist unter anderem darauf zurückzuführen, dass Anfang der 1990er Jahre in Zentralasien viele Auslandsdeutsche lebten.

⁴ Interview mit dem EU-Sonderbeauftragten für Zentralasien, Pierre Morel, in der Zeitschrift *Deutschland*, Juni. Abrufbar unter: www.auswaertiges-amt.de/diplo/de/Aussenpolitik/RegionaleSchwerpunkte/OsteuropaUndRussland/Zentralasien-Morel.pdf.

⁵ International Crisis Group (ICG). 2006. „Europe's Sanctions Matter“. *Asia Briefing* Nr. 54, 6. November. Abrufbar unter: www.crisisgroup.org/home/index.cfm?l=1&id=4490.

⁶ Vgl. Cornell, Svante E. 2007. „So far, Europe's approach to central Asia has been moralistic and counterproductive“. *Europe's World*. Spring, S. 17, 19.

⁷ Dubnov, Arkady. 2007. „Europe is having a love affair with Central Asia“. *Vremya Novostei*. 28. März. Abrufbar unter: enews.ferghana.ru/article.php?id=1897.

⁸ Vgl. Rat der Europäischen Union. 2007. „Schlussfolgerungen des Rates zu Zentralasien“. 2796. Rat „Außenbeziehungen“, Luxemburg, 27. April. Abrufbar unter: www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_Data/docs/pressdata/de/gena/93792.pdf.

⁹ Für eine ausführliche Bewertung siehe Baran, Zeyno, Svante E. Cornell und S. Frederick Starr. 2006. „Islamic Radicalism in Central Asia and the Caucasus: Implications for the EU“. *Silk Road Paper*. Washington.

¹⁰ Erler, Gernot. 2006. „Für eine neue Partnerschaft: Die EU und Zentralasien“. *Deutschland*. Juni. Abrufbar unter: www.auswaertiges-amt.de/diplo/de/Aussenpolitik/RegionaleSchwerpunkte/OsteuropaUndRussland/Zentralasien-Erler.pdf

¹¹ Schmiese, Wulf. 2007. „An der künftigen Tankstelle Europas. Steinmeier auf Partnersuche für die EU in Zentralasien. Öl, Gas und politische Zusammenarbeit“. *Frankfurter Allgemeine Zeitung*. 29. März.

¹² Vgl. Rat der Europäischen Union. 2007. „Schlussfolgerungen des Rates zu Zentralasien“. 2796. Rat „Außenbeziehungen“, Luxemburg, 27. April. Abrufbar unter: www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_Data/docs/pressdata/de/gena/93792.pdf.

¹³ Vgl. Auswärtiges Amt. 2007. „EU-Zentralasienstrategie, Stand Januar 2007“. Abrufbar unter: www.auswaertiges-amt.de/diplo/de/Aussenpolitik/RegionaleSchwerpunkte/OsteuropaUndRussland/Zentralasien.

¹⁴ Wegener, Hedi. 2007. „Central Asia: At last Europe may be getting its act together“. *Europe's World*. Spring, S. 16–21.

¹⁵ International Crisis Group. 2006. „Central Asia: What role for the European Union?“ *ICG Asia Report* Nr. 113. 10. April, S. 12.

¹⁶ Rettman, Andrew. 2007. „EU launches new Central Asia policy in Kazakhstan“. *EU observer*. 28. März. Abrufbar unter: euobserver.com/24/23805.

¹⁷ Vgl. Erler, Gernot. 2007. „Rede im Deutschen Bundestag zur Zusammenarbeit der EU mit Zentralasien“. Abrufbar unter: www.auswaertiges-amt.de/diplo/de/Infoservice/Presse/Reden/2007/070329-ErlerBT-Zentralasien.html.

¹⁸ Vgl. Rat der Europäischen Union. 2007. „Schlussfolgerungen des Rates zu Zentralasien“. 2796. Rat „Außenbeziehungen“, Luxemburg, 27. April. Abrufbar unter: www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_Data/docs/pressdata/de/gena/93792.pdf.